



**VOLLGELD**  
INITIATIVE

FÜR KRISENSICHERES GELD:  
**GELDSCHÖPFUNG** ALLEIN  
DURCH DIE NATIONALBANK!



## Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der GLP?

Die Wirtschaftspolitik der GLP fokussiert sich auf eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft, die auf ökologisch und sozial nachhaltigen Anreizmechanismen aufbaut. Eine wirklich nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist heute kaum möglich, solange die Geldschöpfung der Banken ausser Kontrolle ist und zu andauernden Spekulationsexzessen führt.

- Ein Grossteil des von Banken erzeugten Geldes fliesst auf direktem Weg in die Finanzmärkte und erzeugt dort Anlage- und Renditedruck. Ausserdem wird die Realwirtschaft dazu angetrieben, möglichst im Gleichschritt mitzuwachsen, weil das neu geschöpfte Geld in zusätzliche Güter eingelöst werden muss.
- Die Vollgeld-Initiative will, dass Banken selbst kein Geld mehr erzeugen können. Neben Krediten der Nationalbank an Banken kommt neues Geld schuld-, zins- und tilgungsfrei durch Auszahlung an Bund und Kantone oder eine Bürgerdividende in Umlauf.
- So fliesst neu geschöpftes Geld unmittelbar in die Realwirtschaft und erzeugt dort nachhaltiges Wachstum. Unternehmen können höheres Eigenkapital aufbauen und insgesamt qualitatives Wachstum anstelle der Gewinnmaximierung anstreben.
- Die Nationalbank kann die Geldmenge direkt steuern: Sie kann eine optimale Wirtschaftsentwicklung vorausschauend unterstützen. Der Finanzmarkt wird wieder in den Dienst der Realwirtschaft und der Bürger/innen gestellt.

Im Folgenden werden die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der Grünliberalen in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die Vollgeld-Initiative zur Verwirklichung dieser politischen und ökonomischen Ziele zu leisten vermag.

### Ja zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise – Ja zur Vollgeld-Initiative

Die Grünliberalen setzen sich für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise ein, die auf „*einer innovativen und nachhaltig ausgerichteten Marktwirtschaft*“ (Leitlinien, S. 2) aufbaut. Eine intakte Umwelt sowie ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Finanzsystem sind wichtige Grundvoraussetzungen. „*Damit sich auch unsere Nachkommen in ihrem Leben frei entfalten können, stehen wir in der Pflicht, ihnen weder ökologische noch finanzielle Altlasten zu hinterlassen*“ (S. 2). Eine wirklich nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, wie sie von den Grünliberalen gefordert wird, ist aber heute aus mehreren Gründen nur schwer möglich. Unternehmen unterliegen heute enormen ökonomischen Systemzwängen, die bewirken, dass sie finanziellen Gewinn erwirtschaften müssen, anstatt qualitative Unternehmensziele verfolgen zu können.

Ein ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum wird heute – betriebs- wie volkswirtschaftlich – gesehen behindert, weil die Realwirtschaft möglichst in gleichem Masse wie die Finanzwirtschaft wachsen muss, um das durch die exzessive Geldschöpfung der Banken zusätzlich

geschaffene Geld auch tatsächlich in Güter (und Dienstleistungen) einlösen zu können. Die Konsequenz ist oft eine rücksichtslose Gewinnmaximierung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen und der Natur. Und dem ist nicht genug: Ein überwiegender Teil des von Banken geschaffenen Geldes kann nicht von der Realwirtschaft absorbiert werden, sondern fliesst direkt in die Finanzmärkte. Mittlerweile gelangen rund 80% des von Banken neu geschöpften Geldes direkt in rückbezügliche „Geld aus Geld“-Geschäfte, ohne direkt die Realwirtschaft positiv zu stimulieren. Die Finanzvermögen sind in der Schweiz seit der grossen Deregulierungswelle im Finanzsektor in den 1980er-Jahren bereits auf mehr als ein Vierfaches des Schweizer BIPs angewachsen.

Die kaufkräftige Geldmenge M1 wuchs in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 um etwa 121%, wohingegen das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen um nur etwa 31% anstieg; das reale BIP erhöhte sich sogar nur um etwa 24%. Daraus ist ersichtlich, dass ein Grossteil des neu geschöpften Geldes in Finanzinvestments wie Aktien, Immobilien, Derivate, etc. geflossen ist. Investitionen im Finanzsektor versprechen aus Sicht der Banken schneller höhere Renditen im Vergleich zum niedrigeren und vor allem langfristigen Investitionshorizont der Realwirtschaft.

**Doch woher kommt das Geld, das unaufhörlich in die Finanzmärkte fliesst, immer neue Finanzblasen erzeugt und ständig verzinst werden muss?** Banken schaffen heute Geld, indem sie Kredite vergeben oder damit Wertpapiere und Immobilien kaufen.

Die Vollgeld-Initiative leistet einen Beitrag zu langfristig nachhaltigem Wachstum. Banken dürfen in Zukunft nicht mehr selbst Geld erzeugen. Das elektronische Buchgeld wird nur noch von der Nationalbank erzeugt werden, die es auch schuld-, zins- und tilgungsfrei in Umlauf bringen wird.

Zwar wird der mit dem Geldsystem verbundene Wachstumszwang nicht vollständig beseitigt, aber durch eine bessere, vorausschauende Geldpolitik kann die Wirtschaftsentwicklung stabiler erfolgen. **Vollgeld, das durch Staatsausgaben oder eine Bürgerdividende in Umlauf kommt, existiert wie Bargeld schuldfrei.** Damit reduziert sich einerseits der aus der zinspflichtigen Verschuldung resultierende Wachstumszwang. Andererseits erhöht sich letztlich damit auch das Eigenkapital aller Unternehmen, staatlicher Einrichtungen und Privatpersonen. Familienunternehmen können sich eher halten. Je weniger fremde, nur am Shareholder Value interessierte Eigentümer eines Unternehmens vorhanden sind, umso geringer ist der Wachstumsdruck und umso mehr ist nachhaltiges Wirtschaften möglich.

**Mit Vollgeld kann das Geldmengenwachstum von einer dem Gesamtinteresse verpflichteten Nationalbank am realen Wirtschaftswachstum ausgerichtet werden, und nicht an den Begehrlichkeiten der Finanzindustrie.** Das wird die Nationalbank in engem Kontakt mit den Geschäftsbanken bzw. den kreditnachfragenden Unternehmungen tun. Aber im Unterschied zum heutigen System, in welchem die Nationalbank immer nur reagieren kann, wird sie neu wieder auch effektiv agieren können.

## Für gleich lange Spiesse

Faktisch bestehen heute systemische Wettbewerbsverzerrungen zwischen der Real- und der Finanzwirtschaft und auch innerhalb des Bankensektors selber. Banken können selbst Geld erzeugen und erhalten dadurch enorme (Re-)Finanzierungsvorteile gegenüber allen, die nicht über diese Möglichkeit verfügen – Unternehmen, Privatpersonen, aber auch Finanzakteure wie Versicherungen, Pensionskassen oder Beteiligungsgesellschaften. **Denn alle Nichtbanken müssen**

**sich die Mittel für Investitionen vorgängig selbst erarbeiten oder zinspflichtig ausleihen!** Banken können das Geld für ihre Investitionen also selbst schöpfen und haben darum weitaus geringere Zinskosten zu tragen, da das so geschaffene Geld nur fraktional bei der Nationalbank mit Reserven refinanziert werden muss. Banken haben ungerechtfertigte Privilegien und ziehen daraus Profite, die allen anderen verwehrt bleiben oder letztlich auf deren Kosten erfolgen.

Des Weiteren besteht im heutigen Geldsystem eine systemische Ungerechtigkeit innerhalb des Bankensektors: Grossbanken sind gegenüber den kleinen Banken systemisch bevorteilt. Die Compliance mit den überbordenden Bankenregulierungen belastet kleine und mittlere Banken relativ stärker als die Grossbanken. Letztere waren nicht nur der ursächliche Grund für das Zustandekommen der immer umfassenderen Regulierungen, sondern haben auch deren Ausgestaltung massgeblich beeinflusst. Dies fördert einen Konzentrationsprozess innerhalb des Bankensektors und reduziert längerfristig den Wettbewerb. Das erschwert auch den Neueinstieg in diese Branche.

Diesbezüglich ist das Vorgehen aus grünliberaler Sicht klar: *“Kommt es jedoch zu Marktversagen, hat der Staat regulierend einzugreifen” (S. 4).* Die übermässig gewährte Freiheit des Finanzsektors, selbst Geld zu schöpfen, schränkt die Freiheit der übrigen Wirtschaftsteilnehmer ein und erzeugt negative volkswirtschaftliche Kosten. Aus Sicht der Vollgeld-Initiative ist dies ein unhaltbarer Zustand, der die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaft systemisch benachteiligt. Liegen derart systemische Ungleichheiten vor, kann nur der Staat für die Wiederherstellung der angemessenen Rahmenbedingungen sorgen. Dies sehen auch die Grünliberalen so: *“Zu den Kernaufgaben des Staates gehören für uns das Setzen von Rahmenbedingungen für einen fairen und freien Wettbewerb, die Korrektur von Marktversagen” (S. 4).*

Somit ist es Aufgabe des Souveräns, regulierend einzugreifen, um die negativen Kosten aus der privaten Geldschöpfung zu unterbinden. Im Fall des Geldsystems ist ein umfassendes staatliches Monopol auf die Gelderzeugung dadurch gerechtfertigt, dass Geld Teil der öffentlichen Infrastruktur ist und für alle Wirtschaftsakteure gleichermassen zur Verfügung stehen muss. **Es kann also nur Aufgabe des Staates sein, die grundlegenden Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Geldsystem zu schaffen,** damit der Wettbewerb auf den Finanzmärkten nicht zugunsten der Grossbanken verzerrt wird und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure gelten.

Und schliesslich schafft die Vollgeld-Initiative klare Verhältnisse zwischen Staat und Finanzsektor. Die Kundenguthaben werden aus den Bilanzen der Banken ausgegliedert und von den Banken nur noch treuhänderisch als Konten in eigenem Recht verwaltet. Wenn eine Bank durch Misswirtschaft oder Spekulation in Konkurs gerät, kann der Konkurs problemlos abgewickelt werden, denn die Kundenkonten können einfach an eine andere Bank übertragen werden. Banken sind nicht mehr *too big to fail* und müssen im Falle von Finanzkrisen nicht mehr gerettet werden. Aus Sicht der Grünliberalen ist das eine erwünschte Entwicklung, soll doch der Staat *“möglichst wenig an den Risiken des Finanzplatzes beteiligt sein” (S. 5).*

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

Initiativtext mit Erläuterungen: [www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen](http://www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen)

Antworten auf über 100 Fragen: [www.vollgeld-initiative.ch/fragen/](http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen/)